

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

**Rede von Landtagspräsidentin Dr. Liedtke zur Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg am 18.11. 2019 in Brandenburg an der Havel**

Exzellenz,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
liebe Abgeordnete des Landtags Brandenburg,  
Mitglieder der Landesregierung,

sehr geehrter Herr Dr. Herrmann, Präsident des Städte- und Gemeindebundes,  
sehr geehrter Herr Graf, Geschäftsführer,  
sehr geehrte Oberbürgermeister, hauptamtliche Bürgermeisterinnen und  
Bürgermeister, Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren,  
sehr geehrte Stadtverordnete und Gemeindevertreter,

ich freue mich Sie alle herzlich zu begrüßen.

Besonders freue ich mich, Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes, französische Botschafterin in Deutschland begrüßen zu können. Schön, dass Sie gekommen sind. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Brandenburg haben eine jahrhundertelange Tradition, seit Hugenotten in Preußen mit dem Edikt von Potsdam des Großen Kurfürsten 1685 Zuflucht und Heimat fanden. Heute gibt es zahlreiche deutsch-französische Städtepartnerschaften in Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Potsdam, Wittenberge, Senftenberg, Bernau, Lindow oder Rüdersdorf. Auch die Deutsch-französischen Gesellschaften stehen in Frankfurt (Oder), Birkenwerder, Premnitz und Velten/Hermsdorf für die freundschaftlichen Beziehungen Brandenburgs zu Frankreich als Partner für ein geeintes Europa. Frau Botschafterin, Ihr Besuch ist uns eine Ehre und eine Freude.

Sehr geehrter Herr Dr. Herrmann, sehr geehrter Herr Graf, ich möchte mich bedanken für die Einladung zu Ihrer Mitgliederversammlung und für ein gutes, intensives Gespräch vorab bei mir im Landtag. Ich bin gern gekommen und möchte meinen Besuch beim Städte- und Gemeindebund Brandenburg mit einem großen Dankeschön beginnen.

Sehr geehrte Oberbürgermeister, hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren, Stadtverordnete und Gemeindevertreter, Sie alle sichern mit Ihrer Arbeit die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in Ihrer Gemeinde und in ihrer Stadt.

Kommunalpolitik findet vor Ort statt, ganz nah an den Menschen. Hier geht es um Lebensqualität, Wirtschaftskraft, Bildung, Wohnen, Gesundheit oder Kultur – alles, was lebensnotwendig ist, wird in Städten und Gemeinden geplant, umgesetzt, tatsächlich verwirklicht.

Und - ganz wichtig: Ihre Orte sind das zu Hause, Heimaten – nicht nur physische, sondern auch poetische Orte, Erinnerungsorte, sinnliche Orte wie Düfte, Speisen oder Musik – die „Heimat Brandenburg“.

Hier, vor Ort, beginnt Demokratie. Sie, meine Damen und Herren, sind Expertinnen und Experten für die Demokratie. Aber nicht nur das. Sie sind Praktiker, Analytiker, Impulsgeber. Sind immer ansprechbar und werden auch jederzeit angesprochen. Sie setzen sich ein für Andere, für das Gemeinwesen, kümmern sich auch nach Feierabend, den viele von ihnen nur zu selten genießen können.

Ihre Arbeit verdient hohe Anerkennung und Respekt, Rückhalt und Unterstützung aus der ganzen Gesellschaft. Hier gibt es ein Defizit in der öffentlichen Wahrnehmung und es gibt zu wenig Wertschätzung gegenüber Ihrem unverzichtbaren Engagement. Dieses Defizit gilt es zu überwinden. Denn: Die Kommunen sind die Entstehungsorte einer freiheitlichen Gesellschaft.

Der in Substanzfragen der Demokratie helllichtige Begründer der vergleichenden Politikwissenschaft, Alexis de Tocqueville (TOKWI), hatte schon Mitte des 19. Jahrhunderts das emanzipatorische Potential der Kommunen erkannt. In seinem Hauptwerk von 1840 „Über die Demokratie in Amerika“ schrieb er: „Und doch ruht die Kraft der freien Völker in der Gemeinde. Die Gemeindeinstitutionen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaft sind. Sie machen die Freiheit dem Volke zugänglich. Sie wecken in ihm den Geschmack an ihrem friedlichen Gebrauch. Ohne Gemeindeinstitutionen kann sich ein Volk eine freie Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt es nicht.“

Um diesen Geist der Freiheit geht es, wenn wir die emanzipatorische Qualität, das emanzipatorische Potential der kommunalen Selbstverwaltung und die zentrale Bedeutung der lokalen Demokratie verstehen wollen.

In der Friedlichen Revolution 1989 haben wir im Osten Freiheit und Demokratie für unser Land errungen. Seitdem haben die Menschen in Brandenburg einen beispiellosen gesellschaftlichen Wandel gemeistert - neue Berufe erlernt, Unternehmen gegründet, ein demokratisches Gemeinwesen aufgebaut. Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur wurden ausgebaut.

Die Wirtschaftskraft in den Ostdeutschen Ländern ist von 43 % im Jahr 1990 auf 75 % des westdeutschen Niveaus 2018 gestiegen. Viele Städte und Dörfer in Brandenburg sehen heute frisch geputzt aus. Mehr Menschen ziehen von West nach Ost als umgekehrt. Und mehr als zwei Drittel der Menschen im Osten sagen, dass sich ihre persönliche Lage seit 1990 verbessert hat und meinen, dass es auch anderen Menschen im Osten heute besser geht als vor 1989.

Trotzdem fühlt sich mehr als die Hälfte der Ostdeutschen laut einer Umfrage der Bundesregierung als Bürger zweiter Klasse. Das gilt auch für Brandenburg. Nur 38 % halten die Wiedervereinigung für gelungen. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ist fast die Hälfte unzufrieden mit der Demokratie.

Ich glaube nicht, dass 23 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Brandenburg „Rechts“ stehen, aber Parteien müssen sich fragen, woher ihre Stimmenverluste kommen und wie wir in unserem Land ein durch Enttäuschung und Entwertungserfahrungen verlorengegangenes Demokratiedächtnis wiedergewinnen können. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, wieder Vertrauen in Politik aufzubauen.

Dafür brauchen wir eine mutige Politik, die hält, was sie verspricht. Dafür stehen wir in der Verantwortung – im Landtag und in den Kommunen.

Mit den politischen Entscheidungen im Landtag schaffen wir die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln. Was im Landtag entschieden wird, hat unmittelbare Wirkungen auf die Entscheidungsprozesse in den Kommunen. Und weil in der täglichen Prozessbewältigung in den Städten und Gemeinden nicht jede der landespolitischen Entscheidungen positive Wirkungen zeitigt, will ich die kritischen Hinweise aus der kommunalen Ebene unbedingt entgegennehmen.

Wir wissen, dass Aufgabenstellungen und Loyalitäten des Mandats im Landtag und in Kommunen unterschiedlich sind. So wie kommunale Mandatsträger ihre Aufgabe und Loyalität gegenüber der eigenen Gemeinde, der eigenen Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern sehen, stehen Landtagsabgeordnete in ihren Loyalitäten für das Land ein.

Aus dieser Differenz von Loyalitäten und Aufgaben heraus entstehen Spannungsverhältnisse und auch Konflikte. In Ihrem Positionspapier vom 29.10.2018 mit dem Titel „Brandenburgs Grundlage sind starke Städte und Gemeinden - Erwartungen des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg an die Landespolitik“ haben Sie Ihre Erwartungen sehr klar formuliert:

Sie fordern uns auf, Gesetzesinitiativen, die Partikularinteressen dienen, zu Gunsten des Gemeinwohls zurückzustellen, Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden zu stärken, tragfähige Finanzierungsmodelle zu entwickeln, gewachsene kommunale Strukturen anzuerkennen.

Landesplanung, Fachkräfte, Strukturwandel, Digitalisierung, Kommunalfinanzen – alles das sind Zukunftsaufgaben, die nur in einer intensiven Zusammenarbeit von Land und Kommunen gelingen können.

### **Wie können wir diese Zusammenarbeit stärken und weiterentwickeln? Was können wir besser machen?**

Viele Landtagsabgeordnete kommen aus der Kommunalpolitik, sind auch gegenwärtig über die parlamentarische Arbeit im Landtag hinaus kommunalpolitisch verankert und stehen in engem Kontakt mit dem Städte- und Gemeindebund. Sie kennen die Themen und Herausforderungen in den Kommunen. Und trotz der Unterschiedlichkeit in Aufgaben und Loyalitäten sind Kommunalparlamente, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die gesamte kommunale Familie einerseits und Landtagsabgeordnete andererseits natürliche Partner. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und der kommunalen Familie ist Voraussetzung für Demokratie, die von unten nach oben funktioniert, nicht anders herum. Bürger wollen mitdenken, entscheiden, gestalten!

Es ist mir wichtig, den bestehenden Austausch mit den Kommunen in einem Dialogprozess auf Augenhöhe weiterzuentwickeln, kommunalpolitisches Engagement aufzuwerten, Städte und Gemeinden zu stärken, und die Perspektiven von Land und Kommunen in Zukunft noch stärker zu verknüpfen. Meine Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen sind dabei wichtige Verbündete.

Mit meinem heutigen Besuch auf der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds setze ich den Anfang.

Am 13. Dezember findet im Landtag ein erstes Arbeitstreffen mit den ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgern und den Fraktionsvorsitzenden des Landtags statt.

Ich denke, wir brauchen in Brandenburg **eine zugewandte und offensive Beteiligungs- und Demokratiep politik**. Das ist eine überparteiliche Aufgabe für das Parlament, für die ich mich gern engagiere. Was der Landtag dafür tun kann und was Kommunen und Land gemeinsam tun können, darüber will ich mit den Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen, mit dem Städte- und Gemeindebund und mit den kommunalen Mandatsträgern ins Gespräch kommen, gemeinsam an Lösungen arbeiten und für unsere Zusammenarbeit öffentliches Interesse schaffen.

Vielen Dank!